

RUSSISCHE AUSSENPOLITIK IN PERSPEKTIVE IM VORFELD DER PRÄSIDENTENWAHLEN

■ ANALYSE		
Der Machtwechsel in Moskau – die außenpolitische Hypothek		2
Andrej Zagorskij, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Die Affäre um das <i>British Council</i>		5
■ UMFRAGE		
Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien in russischen Augen		9
■ UMFRAGE		
Präsidentenwahlen und Erwartungen an den neuen Präsidenten		12
Medwedjew in der Wahrnehmung der russischen Bürger		15
■ CHRONIK		
Vom 24. bis zum 31. Januar 2007		19
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS		
Russland vor den Wahlen – Welche Rolle spielen die Medien?		20
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Artikel aus Osteuropa 11 und 12/2007 mit Russlandbezug		21
■ LESEHINWEIS		
Arbeitspapiere und Materialien Nr. 90 der Forschungsstelle Osteuropa: Die russischen Wahlen 2007/2008, Teil 1: Parlamentswahl 2007		24



Analyse

Der Machtwechsel in Moskau – die außenpolitische Hypothek

Andrej Zagorskij, Moskau

Zusammenfassung

Nachdem die Wahl Dmitrij Medwedews fast sicher scheint, stellt sich die Frage danach, welche Aussenpolitik er vertreten wird. Diese wird durch drei Faktoren bestimmt: großmachtpolitischen Anspruch, der in den letzten Putin-Jahren entwickelt wurde, den Machtverhältnissen im Kreml und der Kommunikation mit den Partnern im Ausland. Gerade im letzten Bereich hat es in den letzten Jahren auch Defizite gegeben, die es zu überwinden gilt. Russland muss stärker als bisher in die internationale Verantwortung genommen werden. Gleichzeitig muss der Westen seine bisherige Politik der Transformationsbegleitung überdenken. Medwedew steht unmittelbar nach Amtsantritt vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen. Kosovo gehört ebenso dazu wie die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Er wird auf Aufgeschlossenheit und Kooperation, ja auf effektive Kommunikation mit seinen künftigen Partnern angewiesen sein.

Ein neuer Präsident – eine neue Außenpolitik?

Die Nachfolge Putins im Amt des russischen Präsidenten entscheidet sich nicht durch die Wahlen am 2. März. Den Namen des künftigen Präsidenten – Dmitrij Medwedew, gerade 42 Jahre alt – stand praktisch fest, noch ehe die Wahlkampagne begonnen hatte. Es gibt kaum Zweifel, dass Medwedew sich in den Wahlen durchsetzen wird. Fast genau so wenig Zweifel gibt es an der Bereitschaft von Putin, mindestens zu Beginn der ersten Amtszeit seines Nachfolgers den Posten des Ministerpräsidenten zu übernehmen.

So wenig man über den Ausgang der kommenden Wahlen nachdenkt, um so mehr stellt sich die Frage, welche Politik, nicht zuletzt welche Außenpolitik ein Präsident Medwedew nach der Wahl vertritt – welchen Bewegungsraum er in den ersten Monaten, vielleicht auch Jahren im Amt genießt, eingezwängt zwischen dem Gebot, für politische Kontinuität zu sorgen, und dem Zwang, mitunter dem Kontinuitätsgebot widersprechende praktische Entscheidungen treffen zu müssen,

Medwedews außenpolitische Agenda wird dabei weniger in Büros der Berater entwickelt sondern durch das tagespolitische Geschehen bestimmt. Seine konkreten Entscheidungen werden letztendlich maßgeblich von den Entwicklungen bestimmt.

- Zum einen werden sie von einem großmachtpolitischen Anspruch und der damit verbundenen Rhetorik geprägt - einer Hinterlassenschaft der letzten Putin-Jahre. Dieser Anspruch spiegelt den aktuellen Mainstream-Konsens in der russischen politischen Klasse wider, der auch der russischen Öffentlichkeit erfolgreich kommuniziert worden ist. Diesen Konsens zu überwinden wird nicht einfach sein, auch

wenn der neue Präsident die objektiven Grenzen des Anspruchs wird erkennen müssen.

- So werden seine Entscheidungen zum zweiten weitgehend von den noch nicht geklärten Machtverhältnissen im Kreml abhängig sein. Zwar ist es der Präsident, der laut der Verfassung das letzte Wort bei außenpolitischen Entscheidungen hat, doch muss er immer wieder auf innere machtpolitische Konstellation Rücksicht nehmen. So werden seine Entscheidungen von der Einflussnahme der politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen abhängig. Und es soll nicht daran gezweifelt werden, dass diese Gruppen seit seiner Ernennung zum Nachfolger Putins auf ihn einzuwirken versuchen.
- Nicht zuletzt werden die Entscheidungen des Präsidenten von der kontinuierlichen Kommunikation mit Partnern im Ausland mitgeprägt. Inwiefern dies geschieht hängt weitgehend nicht allein von der Intensität sondern von der Qualität und Glaubwürdigkeit dieser Kommunikation. In den letzten Amtsjahren von Putin musste man gerade in der Kommunikation mit westlichen Staaten zunehmend Defizite fest stellen müssen, die bis zuletzt nicht behoben werden konnten.

In diesem Kontext thematisiert der aktuelle Beitrag drei Problembereiche. Zum einen wird der aktuell politische Anspruch der russischen Außenpolitik analysiert, der den Mainstream-Konsens der russischen politischen Elite widerspiegelt und im Sinne der politischen Kontinuität die Entscheidungen des neuen Präsidenten zumindest zu Beginn seiner Amtszeit wird mitprägen sollen. Zum zweiten werden die Grenzen dieses Anspruches skizziert, die wohl den Schluss nahelegen, dass die Außenpolitik Russlands nach dem Machtwechsel im Kreml mindestens korrekturbedürftig ist. Zum dritten

wird in diesem Beitrag auf die Defizite in der westlichen Kommunikation mit und dem Engagement von Russland eingegangen.

Der Anspruch (die Hypothek)

Die beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung der letzten acht Jahre und insbesondere die Stärkung der Finanzkraft bilden die Grundlage für ein neues politisches und außenpolitisches Selbstbewusstsein Russlands. Moskau erhebt den Anspruch, als eine in die Weltpolitik zurückkehrende Großmacht ernst genommen und entsprechend behandelt zu werden.

Russland glaubt, unabhängig (souverän) auf der Weltbühne agieren zu können und bleibt den EU-europäischen sowie den transatlantischen Meinungsbildungsprozessen fern. So lässt sich Russland immer schwerer für eine gemeinsame Aktion mit den europäischen Partnern, geschweige denn mit den USA gewinnen.

Das russische **Verständnis von Multilateralismus** weicht weit von der Vorstellung einer auf Konsens und Konvergenz beruhenden gemeinsamen Politik ab. Es schließt aber engere Kooperation und eine »kollektive Leadership« der »führenden Mächte« nicht aus. Nach russischen Vorstellungen kann in diesem Rahmen über konzertierte Aktionen unter voller Berücksichtigung der Interessen Russlands verhandelt werden.

Russland agiert als **Status quo-Macht**. Es will weiteren Veränderungen des Status quo insbesondere in seiner unmittelbaren Umgebung entgegenwirken. Ausschlaggebende Beispiele dafür liefern die Versuche, Zentralasien stärker an Russland an zu binden, die Opposition gegen die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens, Distanz zur Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU. In diesem Sinne sollen aus der Perspektive Moskaus die geographischen »Zuständigkeitsbereiche« der Akteure im Konzert der »Führungsmächte« nach Möglichkeit klar abgegrenzt werden.

Die russische Führung zielt auch offensichtlich darauf, die in den 1990er Jahren aus einer »Position der Schwäche« eingegangene **Geschäftsgrundlage der Beziehungen mit dem »Westen« den neuen Gegebenheiten anzupassen**. Einem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU soll das Prinzip der gleichen Augenhöhe zu Grunde gelegt werden. Rüstungskontrollpolitische Instrumente (KSE, Raketenabwehr, Mittelstreckenwaffen, der »offene Himmel«) stehen zur Disposition, sollten diese nicht im Sinne Russlands weiter angepasst werden.

Die Machtkonzentration im Kreml, die Ausschaltung des politischen Wettbewerbs, die Gleichschaltung der elektronischen Medien, die zunehmende staatliche Kontrolle über die strategischen Wirtschaftsbereiche, die wachsende Neigung zu Verschwörungstheori-

en und zur Abschirmung vor westlicher Einflussnahme machen Russland zu einem immer schwierigeren Partner. Die Entscheidungswege im Kreml sind nach Außen wie nach Innen nicht mehr ausreichend nachvollziehbar und werden immer weniger berechenbar. Die politische und gesellschaftliche Kommunikation zwischen Russland und dem »Westen« ist gestört und funktioniert nicht mehr richtig. Eine gegenseitige vertrauensvolle Verständigung wird immer schwieriger.

Die gegenwärtige Politik Russland ist nicht länger mit der Rede Putins vor dem Deutschen Bundestag im September 2001 messbar. Der Kreml wird gegenüber externen Einflussnahmen verschlossener und ist nur für eine weltpolitische Partnerschaft »à la carte« zu engagieren.

Grenzen des Anspruchs

Dieser Anspruch soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass Russland vor größeren Herausforderungen steht. In deren Bewältigung bleibt Moskau auf Kooperation mit europäischen Partnern und den USA angewiesen. Das in den letzten Jahren errichtete politische Regime musste noch keinen ernsthaften Existenztest bestehen. Die bisherige politische Stabilität und das wirtschaftliche Wachstum sind nicht allein aus eigener Kraft gewachsen. Die wirtschaftliche Entwicklung konnte nur durch weitere (vorwiegend nichtstaatliche) Auslandsverschuldung gesichert werden. Die Gesamtverschuldung Russlands hat sich 2007 im Vergleich zu 2000 verdreifacht. Zum 1. Oktober 2007 betrug sie 430,9 Milliarden US Dollar und überstieg leicht die Summe der internationalen Reserven des Landes, die zum gleichen Zeitpunkt 425,4 Milliarden US Dollar zählten.

Russland steht vor enormen Modernisierungsaufgaben und bleibt dabei weiterhin auf mittlere und längere Sicht von den externen Faktoren überproportional abhängig. Dies sind nicht nur Energie und Rohstoffpreise. Die rapide wachsenden Importe und steigende Haushaltsausgaben lassen in absehbarer Zeit wenig von den Handels- und Budgetüberschüssen übrig. Somit wird sich die russische Politik zwangsläufig nach innen und nach außen öffnen müssen.

Wann und wie diese Öffnung stattfindet, hängt zwar von der Evolution des politischen Konsenses in Russland, die nicht zuletzt durch Entscheidungen des Präsidenten gefördert oder gehemmt werden kann, ihre Notwendigkeit macht aber eine weitere **Abgrenzung Russlands eher unwahrscheinlich**.

Defizite der westlichen Politik gegenüber Russland

1. Politische Kommunikation verbessern. Angesichts des schwindenden gegenseitigen Vertrauens sollte die politische Kommunikation mit Russland auf allen Ebe-

nen verbessert werden. Europäische Besorgnisse, insbesondere hinsichtlich der Gefahr weiteren Auseinanderdriftens sollten gegenüber dem neuen Präsidenten Russlands klar und deutlich artikuliert werden, verbunden mit der Bereitschaft, die Kooperation fortzusetzen. Es sollten keine Mühen gescheut werden, dass diese Botschaft den Präsidenten erreicht und von ihm als solche aufgenommen wird.

Angesichts der unklaren Machtverhältnisse vor und nach den Präsidentschaftswahlen 2008 sowie der ungeklärten Rolle Putins sollte eine breite und diversifizierte Kommunikationsstrategie mit allen relevanten und potentiellen russischen Schlüsselakteuren in Wirtschaft und Politik verfolgt werden mit dem Ziel, ein klares Bild von Chancen und Gefahren im Verhältnis Russlands mit Europa zu vermitteln.

Sollte die Kommunikation mit der russischen Staatsführung nicht radikal verbessert werden würde man die Chance entgehen lassen, die Anliegen und die Besorgnisse der europäischen Staaten klar zu vermitteln und somit auf die Agenda des neuen Präsidenten zu setzen. Somit wäre der Präsident dem Engagement anderer, vorwiegend innerer Interessensgruppen überlassen.

2. Russland stärker in die Verantwortung nehmen.

Moskau sollte klar gemacht werden, dass sein weltpolitisches Engagement willkommen ist, aber Verantwortung voraussetzt. Es sollte glaubwürdig kommuniziert werden, dass die EU und die NATO – auch wenn sie dies vermeiden wollen - in bestimmten Fällen - wenn nötig - auch auf die Kooperation Russlands verzichten müssen, wenn Russland sich nicht in angemessener Weise in eine gemeinsame Meinungsbildung und Verantwortung einbeziehen lässt.

Ähnlicherweise soll Moskau deutlich und wiederum glaubwürdig kommuniziert werden, dass es bereit sein muss, die Verantwortung für die Entwicklungen zu übernehmen, die durch seine mangelnde Kompromissbereitschaft zustande gekommen sind. Moskau kann nicht unendlich sein Mitbestimmungsrecht als permanentes Mitglied des Weltsicherheitsrates geltend machen, ohne dabei Verantwortung in einem seinem Status entsprechenden Umfang übernehmen zu wollen.

3. Weitere reziproke Verrechtlichung der Beziehungen.

Insbesondere in kontroversen Kooperationsbereichen sollten nach Möglichkeit detaillierte gegenseitige Verpflichtungen vereinbart werden mit dem Ziel, die Geschäftsgrundlage der Partnerschaft zu präzisieren. Dies gilt für die energiepolitische Kooperation wie für andere relevante Bereiche der EU-Russland Zusammenarbeit. Dies gilt auch für einen schnelleren Beitritt Russlands zur WTO, aber auch für den Bereich

der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation, die die Erosion der Rüstungskontrolle ausbalancieren sollte.

4. Kritische Bestandsaufnahme der Transformationsbegleitung. In den letzten 16 Jahren ist enorm viel geleistet worden, um die gesellschaftliche Kommunikation, den Austausch, die Transfer und Entwicklung von *know how* zwischen der EU und Russland zu fördern. Die Ergebnisse dieser Politik sehen allerdings anders aus als in den ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten. Die russische Gesellschaft wird eher nationalistischer, ausländerfeindlicher und entwickelt eine beträchtliche Abneigung gegenüber dem Westen.

Diese Beobachtung legt den Schluss nahe, dass die herkömmlichen transformationsbegleitenden Instrumente keine plausible Antwort auf die politische Dynamik in Russland geben können.

Daher ist eine nüchterne Bestandsaufnahme der Umsetzung der bisherigen Programme notwendig. Aus ihr sollen Lehren sowie Anregungen zur Revision und Weiterentwicklung der relevanten Instrumente gewonnen werden.

Eine kritische Bestandsaufnahme sollte gemeinsam von den Mitgliedsstaaten der EU und den entsprechenden russischen staatlichen und nichtstaatlichen Partnern vorgenommen werden. Eine gemeinsame Evaluierung würde unter anderem zur verbesserten Kommunikation mit der russischen Gesellschaft beitragen können.

Die Außenpolitische Agenda des neuen Präsidenten Russlands

Zwar wird über Dmitrij Medwedew oft berichtet, er habe keinen besonderen Appetit auf Außenpolitik, doch wird er ihn in seinem neuen Amt trotzdem entwickeln müssen. Denn egal von wem er beraten und engagiert wird, wird die Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen letztendlich allein bei ihm sein. Und der designierte Präsident hat keine längere Anlaufzeit, in der er sich graduell eine Meinung bilden kann.

Dabei wird das außenpolitische Erbe Putins eher zu einer Hypothek für Medwedew. Denn der ausscheidende Präsident hat seinem Nachfolger mehrere wichtige Entscheidungen überlassen, die unmittelbar nach der Wahl am 2. März getroffen werden müssen. Sie könnten für Medwedew zu einer richtigen Herausforderung werden.

So wird es wohl nicht mehr Putin sondern Medwedew sein, der eine endgültige Entscheidung zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos treffen müssen, die nach allen Erwartungen spät im Frühjahr und somit entweder gleich nach oder mitten im Prozess der Machtübergabe in Moskau Tatsachen schaffen wird.

Je nach der Entscheidung wird sich der neue Präsident auch festlegen müssen, ob er dem Druck und der Versuchung einer einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien von Georgien, sowie womöglich von Transnistrien von Moldowa nachgibt und auf diese Weise sich für das eventuelle Scheitern der russischen Kosovo-Politik revanchiert.

Sollte das Ratstreffen der NATO in Bukarest im Frühjahr 2008 der Ukraine einen Membership Action Plan (MAP) anbieten, wäre Medwedew auch gefordert. Er wird sich auch entscheiden müssen, ob er das von Mai auf Juni 2008 vertagte Gipfeltreffen mit der EU als eine Chance zu einem Neuanfang nach einem zweijährigen Tiefflug wird nutzen wollen und können, oder eher die zurückhaltende und kompromisslose Linie seines Vorgängers fortsetzt. Bis Juli wird er sich festlegen müssen, ob Moskau sich endgültig aus dem KSE-Regime zurück zieht, ob es in das Regime zurückkehrt oder die Ungewissheit seiner einseitigen Suspendierung vertieft.

Über den Autor

Dr. Andrei Zagorski ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO).

Lesetipps

- The Article by Russian Minister of Foreign Affairs Sergey Lavrov «Containing Russia: Back to the Future?» http://www.mid.ru/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/8f8005f0c5ca3710c325731d0022e227?OpenDocument
- Rose, Richard; Munro, Neil: Do Russians see their future in Europe or the CIS? , in: Europe-Asia Studies, 60. 2008, Issue 1 (January 2008), S. 49–66.
- Tsygankov, Andrei P. : If not by tanks, then by banks? The role of soft power in Putin's foreign policy, in: Europe-Asia Studies, 58.2006, Nr. 7, S. 1079 –1099.
- Mendras, Marie: Russia's Foreign Policy Dilemmas, London, New York 2008 (im Druck).

Dokumentation

Die Affäre um das *British Council*

Am 12. Dezember 2007 informierte der russische Außenminister seinen britischen Kollegen darüber, dass auf Grund einer fehlenden rechtlichen Grundlage und wiederholtem Verstoß gegen russische Steuer- und Finanzgesetze die Filialen des *British Councils* außerhalb Moskaus zu Beginn des Jahres 2008 geschlossen würden. Das *British Council* entspricht in seiner Aufgabenstellung in etwa dem Goethe-Institut, er ist mit der Vermittlung von Sprachkenntnissen und Landeskultur befasst. Die britische Seite wies die russische Forderung zurück und hielt die Filialen des *British Council* trotz des Verbots auch nach dem 1.1.2008 geöffnet. In Reaktion darauf übten die russischen Behörden auf vielfältige Weise Druck aus. Der Leiter des *British Council* in St. Petersburg Stephen Kinnock wurde nach einer Verkehrskontrolle wegen angeblichem Fahrens unter Alkoholeinflusses vorübergehend festgenommen. Die russischen Mitarbeiter des *British Councils* wurden von Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB in ihren Wohnungen aufgesucht und teilweise zum FSB einbestellt. British Council in St. Petersburg und Jekaterinburg wurden daraufhin bis auf weiteres geschlossen, um die Mitarbeiter zu schützen.

Die British-Council-Affäre ist eine weitere Etappe in einem russisch-britischen Konflikt, der mit der Ermordung des ehemaligen KGB-Mitarbeiters Alexander Litwinenko auf britischem Boden seinen Anfang nahm. Britische Behörden identifizierten Andrej Lugowoj, einen russischen Geschäftsmann und ehemaligen Mitarbeiter des KGB, als einen der Täter und verlangten seine Auslieferung. Als die russische Seite dies verweigerte, verwies Großbritannien vier russische Diplomaten des Landes, setzte die Verhandlungen zur Visae erleichterung aus und beendete die Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung mit dem FSB. Russland antwortete seinerseits mit der Ausweisung von vier britischen Botschaftsangehörigen in Moskau und einem Vergabestopp für britische Diplomatenvisa. Der russische Präsident Putin bezeichnete die britischen Forderungen nach einer Verfassungsanpassung zudem als ein »Rudiment kolonialen Denkens«.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum der Konflikt um das *British Council* mit einer solchen Schärfe ausgetragen wird.

Florian Munder

Litwinenko und die mögliche Auslieferung Lugowojs

Erklärung des britischen Außenministers Miliband zum Fall Litwinenko, 16. Juli 2007

[...] Am 28. Mai hat die britische Staatsanwaltschaft eine formale Anfrage an die russischen Behörden zur Auslieferung von Andrej Lugowoj nach Großbritannien gestellt, so dass ihm vor einem britischen Gericht wegen des Mordes an Alexander Litwinenko der Prozess gemacht werden kann. [...]

Am 6. Juli hat der stellvertretende russische Generalstaatsanwalt einen Brief an den Innenminister geschickt, in dem er die Auslieferung von Herrn Lugowoj verweigert. Der britische Generalstaatsanwalt hat am 10. Juli versichert, dass er trotz der russischen Antwort weiterhin auf einen Prozess für Herrn Lugowoj in England drängt. [...]

Der Brief des stellvertretenden Generalstaatsanwaltes stellt fest, dass die russische Verfassung eine Auslieferung verbietet. Die russischen Behörden haben kein Zeichen des Willens von Zusammenarbeit bei dieser Frage erkennen lassen. Diese Situation ist indes nicht einmalig und andere Länder haben ihre Verfassung ergänzt, um z.B. den Europäischen Haftbefehl zu ermöglichen. Russland möchte in der Tat, dass die EU und Großbritannien als Teil der Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen ihre Grenzen für den freien Verkehr von Menschen, Waren und Dienstleistungen öffnen. Dies muss jedoch gleichzeitig mit der Bereitschaft Russlands zu einer grenzüberschreitenden juristischen Kooperation einhergehen. [...]

Der Leiter der britischen Anklagebehörde hat verdeutlicht, dass sich die Vorwürfe gegenüber Herrn Lugowoj auf ein in London begangenes Verbrechen gegen einen britischen Staatsbürger beziehen. Der angemessene Ort für dieses Verfahren ist demnach London. Weiterhin haben sowohl die UN als auch die EU ihre Sorge über eine selektive Anwendung des Rechts in Russland zum Ausdruck gebracht. Insofern bestünden Gründe für eine Anfechtungsklage gegenüber jeglichem Versuch, einen Prozess in Russland anzuerkennen. Im Angesicht der Wichtigkeit dieses Themas und Russlands Weigerung zur Zusammenarbeit benötigen wir eine angemessene Antwort. [...]

Ich habe mich deshalb mit meinen Kollegen innerhalb der Regierung auf die folgenden Schritte geeinigt: Erstens werden wir vier Diplomaten der russischen Botschaft in London des Landes verweisen. Zweitens werden wir das Ausmaß unserer Zusammenarbeit mit Russland in verschiedenen Bereichen überprüfen und haben als ersten Schritt die Verhandlungen zur Visae erleichterung eingestellt und Veränderungen bei der Visavergabe vorgenommen. Drittens legen internationale Abkommen fest, dass Herr Lugowoj nach Großbritannien ausgeliefert werden kann, wenn er ins Ausland reisen sollte. Viertens sind wir für die starke Unterstützung dankbar, die wir von unseren EU-Partnern und engen Verbündeten unter anderem durch die Erklärung der Ratspräsidentschaft vom 1. Juli erhalten haben. Wir werden mit unseren Partnern die Notwendigkeit eines zukünftigen europäisch-russischen Dialogs diskutieren, um unsere Bedenken in diesem Fall mit einzubringen. [...]

Quelle: <http://www.britishembassy.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1089123753173&a=KArticle&aid=1183544799473>

Die Antwort des russischen Außenministeriums vom 17. Juli 2007

Je länger wir die Erklärung der britischen Amtspersonen im so genannten »Fall Litwinenko« studieren, desto größer ist unser Befremden und Ablehnung: Alles ist auf den Kopf gestellt.

Zum ersten bleiben unsere Rechtsschutzbehörden mit den britischen in diesem Fall seit mehreren Monaten im Kontakt. Was die Bereitschaft der Seiten zur Zusammenarbeit betrifft, so ist deren klarer Ausdruck folgende Tatsache: Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat auf die Bitte der britischen Behörden innerhalb von mehreren Tagen reagiert, und russische Untersuchungsrichter mussten auf die Genehmigung zur Reise nach London fast drei Monate lang warten. Die russische Verfassung verbietet die Auslieferung der russischen Bürger. Die Auslieferungskonvention von 1957 verpflichtet die Staaten nicht, eigene Bürger auszuliefern, falls es gegen nationale Gesetze verstößt, und keine politischen Beschlüsse können diese rechtliche Realität ändern. [...]

Zum zweiten ist es klar, dass diese Sanktionen, einschl. die Ausweisung von vier Diplomaten aus London, den »Fall Lugowoj« politisieren und keinesfalls eine Einladung zur Zusammenarbeit sind, wie offizielle Behörden erklären. Es ist ein direkter Weg zur Konfrontation und Reduzierung der Möglichkeiten zum Zusammenwirken mit Russland. [...]

Unsere Reaktion wird adäquat und konkret sein. In Kürze werden wir die britischen Behörden darüber informieren. Dabei werden wir Interessen einfacher Bürger, der Touristen, Teilnehmer der Kultur- und wissenschaftlichen Austausche sowie der Geschäftskreise voll berücksichtigen. Wir wollen nicht, dass sie an Londons politischen Handlungen leiden. [...]

Quelle: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/990a2661e199a1f9c325731c004636e1?OpenDocument

Als Reaktion wies die russische Seite ihrerseits vier britische Botschaftsangehörige aus Russland aus. Darüber hinaus wurden die Visa-Ausstellung für Diplomaten und andere britische Repräsentanten sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus eingestellt. F.M.

Der Streit um das British Council

Kommentar des Sprechers des russischen Außenministeriums, M. Kaminin auf die Fragen der Medien über die Situation der Tätigkeit des British Council in Russland, 12. Dezember 2007

Frage: In der Presse erschienen Informationen über Änderungen bei der Arbeit des Britischen Rates auf dem russischen Territorium, dabei war auch von der Möglichkeit einer kompletten Einstellung seiner Tätigkeit in den russischen Regionen die Rede. Inwieweit entspricht das der Wahrheit und wie kommentieren Sie diese Mitteilung?

Antwort: Mitte Oktober hat der British Council sein Vorhaben bekannt gegeben, bis zum Anfang des Jahres 2008 die Tätigkeit seiner regionalen Abteilungen auf dem Territorium Russlands mit Ausnahme der Büros in den Städten, in welchen es diplomatische oder konsularische Behörden Großbritanniens gibt, einzuschränken. Ihre Entscheidung haben die Briten mit den Veränderungen im allgemeinen Konzept der Ratstätigkeit auf der ganzen Welt begründet. Dies fiel mit unseren intensiven Diskussionen mit der britischen Seite über die Frage des Fehlens einer rechtlichen Grundlage der Tätigkeit des Britischen Rates in Russland zusammen. [...]

Die britische Seite hat für die Eröffnung dieser regionalen Vertretungen weder eine Erlaubnis erhalten noch gar beantragt und hat so die Verordnung der Regierung Russlands 1995 »Über die Ordnung von Behörden und Bedingungen der Tätigkeit ausländischer Kultur- und Informationszentren auf dem Gebiet der Russischen Föderation« verletzt. In der praktischen Tätigkeit des Rates kam es dabei des öfteren Verletzungen des russischen Rechts in den Finanz-, Steuer- und anderen Bereichen.

Indem der British Council seine Tätigkeit »unter dem Dach« konsularischer Behörden in Sankt Petersburg, und Jekaterinburg ausführte, hat er die Wiener Konvention über die konsularischen Beziehungen verletzt, da diese Organisation in keinerlei Beziehung zu diplomatischen oder konsularischen Vertretungen steht. [...]

Diese Frage lösen sollte eine eigene zweiseitige Erklärung über die Einrichtungsordnung und die Voraussetzungen für die Tätigkeiten eines Kultur-Informationszentrums. Genau dieses Dokument hätte die notwendige normativrechtliche Grundlage für die Tätigkeit des Rates in Russland als auch für russische Wissenschafts- und Kulturzentren in Großbritannien in Zukunft geliefert.

Jedoch haben die von der britischen Seite demonstrierten unfreundlichen Tätigkeiten in Beziehung zur Russischen Föderation im Juli dieses Jahres, welche von der Einführung einer ganzen Reihe diplomatischer Maßnahmen begleitet wurden, unser Bemühen bei der Vorbereitung dieses Dokuments zerstört.

Unter den Bedingungen einer fehlenden normativ-rechtlichen Grundlage, welche die Tätigkeit des British Council in der Russischen Föderation reguliert hätte, wurde die britische Seite über eine Einstellung der Funktion aller regionalen Abteilungen des British Council in Russland außer der zentralen Stelle in Moskau informiert. [...]

Quelle: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/35bfab1bd2844ff7c32573af00505a28?OpenDocument

Erklärung des britischen Außenminister David Miliband, 13. Dezember 2007

Die russischen Behörden haben gestern mitgeteilt, dass sie planen, die Dependancen des British Council in St. Petersburg und Jekaterinburg zum 1. Januar 2008 zu schließen.

Die von Russland angedrohten Maßnahmen sind illegal. Die Präsenz des British Council in Russland steht gänzlich in Einklang mit internationalem Recht, die Wiener Konventionen mit inbegriffen. Seine Präsenz und Aktivitäten werden zudem durch das von Russland unterzeichnete Abkommen von 1994 zwischen Großbritannien und Russland über die Zusammenarbeit in Fragen der Bildung, Wissenschaft und Kultur geregelt, dass sowohl für Großbritannien als auch Russland verbindlich ist. Das British Council ist die vorgesehene Institution der Britischen Regierung für die Durchsetzung dieses Abkommens. In den letzten neun Jahren war Großbritannien stets bemüht darum ein weiteres Kulturinstitut-Abkommen mit Russland abzuschließen. Solange ein solches Abkommen nicht beschlossen wird, bleibt das Abkommen von 1994 in Kraft.

Wenn Russland die angedrohten Maßnahmen ausführen sollte, wäre das ein ernsthafter Angriff gegen die legitime kulturelle Vertretung der britischen Regierung. Es würde eine Verletzung des Rechtsstaatsprinzips bedeuten und nur Russlands Reputation in der Welt schaden. [...]

Quelle: <http://www.fc.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391629&a=KArticle&aid=1196172038821%20&year=2007&month=2007-12-01&date=2007-12-13>

Presseerklärung des russischen Außenministeriums: Zur Vorladung des britischen Botschafters in das russische Außenministerium, 14. Januar 2008

Am 14. Januar wurde der britische Botschafter Anthony Brenton ins russische Außenministerium vorgeladen.

Dem Botschafter wurde das Befremden über die Wiederaufnahme der Arbeit des British Councils in St. Petersburg und Jekaterinburg ausgedrückt. Insofern hat die britische Seite die Anforderung der russischen Seite nach einem Stopp der Aktivitäten aller regionalen Vertretungen des British Councils zum 1. Januar auf Grund des Fehlens einer rechtlichen Basis, die die Arbeit des British Councils in der Russischen Föderation regelt, nicht erfüllt. Dem Botschafter wurde erklärt, dass die russische Seite ähnliches Handeln als eine bewusste Provokation ansieht, die darauf ausgerichtet ist, Druck auf die russisch-britischen Beziehungen auszuüben. [...]

In diesem Zusammenhang wurde der Botschafter auch zum wiederholten Male darauf hingewiesen, dass das Handeln des British Council gegen russisches Recht verstößt, insbesondere die Verordnung der Regierung aus dem Jahre 1995 »Über die Etablierung und das Betreiben ausländischer Kultur- und Informationszentren auf dem Territorium der Russischen Föderation«. Eine Zustimmung der russischen Behörden zur Eröffnung des zentralen Büros des British Councils und seiner regionalen Zweigstellen wurde nicht nur nicht erteilt, sondern auch nicht beantragt. [...]

Die britische Seite hat mehrmals die Tatsache abgestritten, dass die gesamte Verantwortung für das Ignorieren der Forderungen der russischen Behörden bei ihnen liegt. Da unsere Bitten nicht erhört wurden, ist die russische Seite gezwungen, nun einige administrative und legale Maßnahmen einzuleiten, wie sie dem russischen Recht und der internationalen Praxis entsprechen. Insbesondere wird der Einzug der Steuerrückstände des British Councils in St. Petersburg bald realisiert werden. Die russische Seite wird zudem keine Visa für neue Mitarbeiter der Generalkonsulate in St. Petersburg und Jekaterinburg ausstellen, die das Weiterarbeiten des British Councils garantieren und eine Akkreditierung verlangsamen. Wenn die Arbeit des British Council in den Regionen weiter gehen sollte, behält sich die russische Seite weitere Maßnahmen auch gegen das Büro in Moskau vor. [...]

Quelle: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/sps/4B1B62AB0635F4C2C32573D00042FA0E

Erklärungen des britischen Außenministers David Miliband, 16. Januar 2008

Gestern fand ein Gespräch zwischen hochrangigen Diplomaten aus London und hochrangigen Mitglieder der russischen Regierung in Moskau statt, das wir als eine produktive Diskussion über eine Reihe von internationalen The-

men, als auch die Zukunft des British Council empfanden. Jedoch haben wir gestern Abend und heute auch sehr ernst zu nehmende Berichte über Einschüchterungen und Schikanen gegenüber Mitarbeitern des British Council erhalten. Selbstverständlich nehmen wir diese in der Tat sehr ernst. Ich treffe mich diesen Nachmittag mit dem Direktor des British Council, um die Situation zu diskutieren. Jegliche Einschüchterungen und Schikanen gegenüber unserer Mitarbeiter sind offensichtlich vollständig inakzeptabel. [...]

Quelle: <http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391629&aid=1199201888918>

Erklärung des Direktors des British Council Martin Davidson, 17. Januar 2008

Zu Beginn dieser Woche hat die russische Regierung eine Kampagne der Einschüchterung gegen unsere Mitarbeiter in St. Petersburg und Jekaterinburg begonnen.

Am Dienstag den 15. Januar hat der russische Föderale Sicherheitsdienst (FSB) über 20 unserer russischen Mitarbeiter zu Einzelbefragungen vorgeladen. Am späten Abend wurden zehn Mitarbeiter von der russischen Steuerpolizei in ihren Wohnungen aufgesucht und gestern zu weiteren Befragungen bestellt. Die Befragungen hatten wenig mit ihrer Arbeit zu tun und waren offensichtlich dazu gedacht, Druck auf unschuldige Einzelpersonen auszuüben.

Das Wohlergehen unserer Mitarbeiter steht für uns an höchster Stelle und ich glaube, dass wir unsere Arbeit ohne ein bedeutsames Risiko für dieses nicht weiterführen können. Die russischen Behörden haben es uns unmöglich gemacht, in St. Petersburg und Jekaterinburg zu arbeiten, weshalb ich die Entscheidung getroffen habe, die Arbeit in beiden Städten einzustellen.

Ich möchte wiederholen, dass das British Council eine Organisation des Kulturaustausches ist. Unsere Arbeit verbindet Menschen auf der ganzen Welt. Es ist falsch, kulturelle Beziehungen und das British Council in einen internationalen politischen Streit mit hinein zu ziehen. [...]

Quelle: <http://www.britishcouncil.org/home-press-170108-chief-executive-statement.pdf>

Zusammengesellt und übersetzt von Florian Munder

Lesehinweis

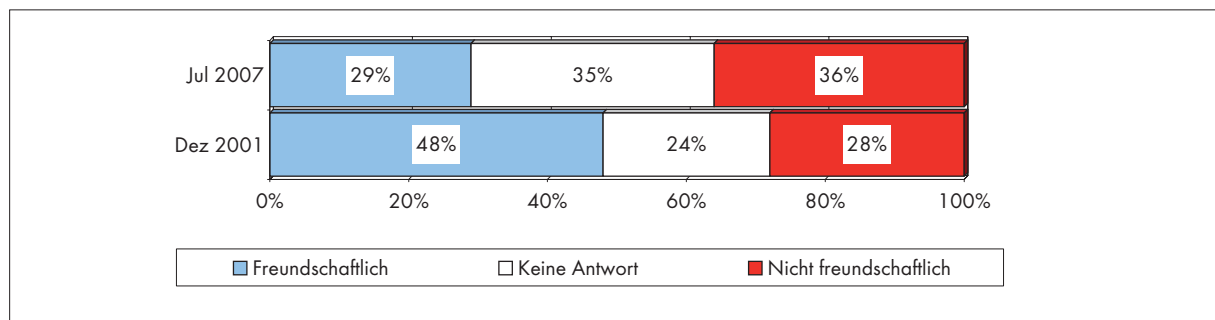
Internationale Presseschau zum »Britisch-Russischen Kulturkonflikt« des IFA Instituts für Auslandsbeziehungen.
<http://cms.ifa.de/?id=4348>

Umfrage

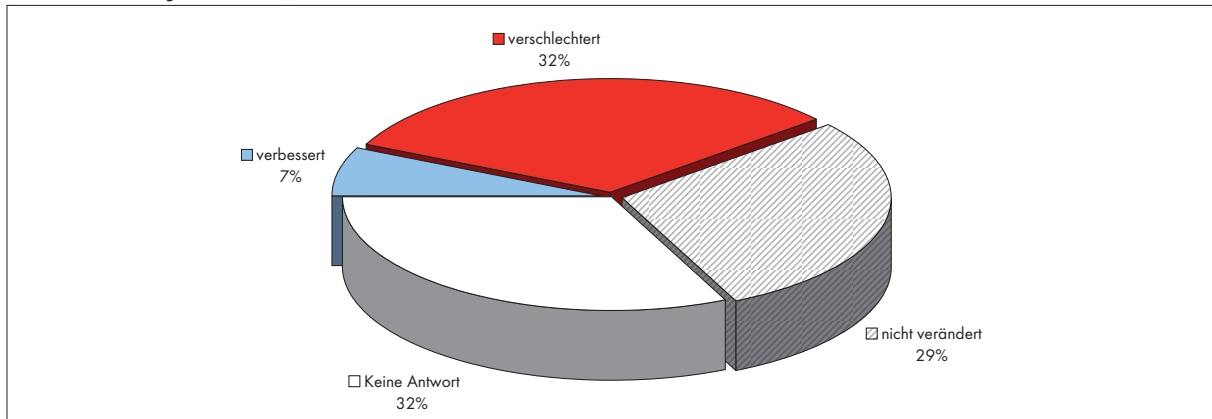
Die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien in russischen Augen

Quelle: Umfrage der »Stiftung öffentliche Meinung« (FOM) vom 26.07.07
http://bd.fom.ru/report/cat/inter_pol/count_/britain/d073012

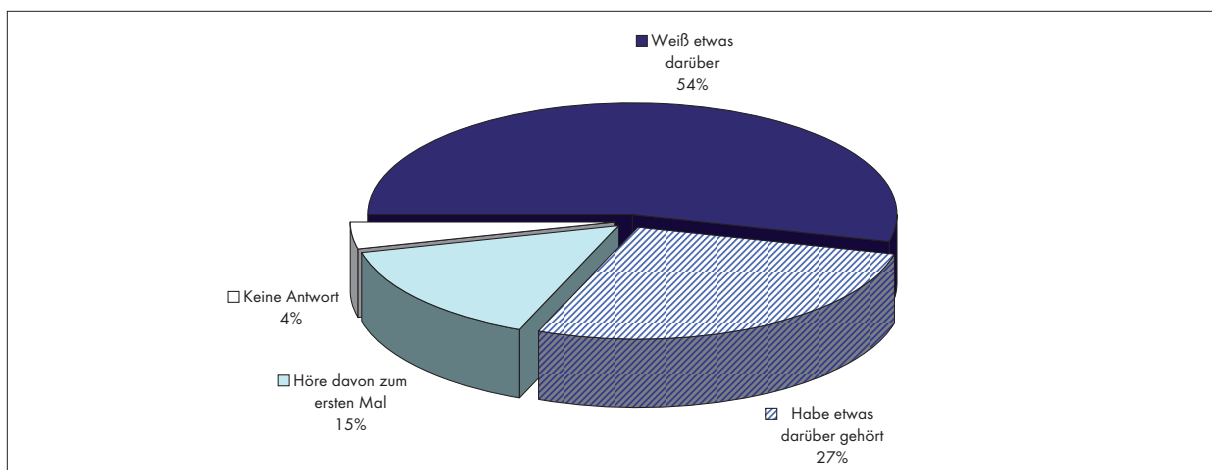
Ist Großbritannien Ihrer Meinung nach gegenüber dem russischen Staat freundschaftlich eingestellt?



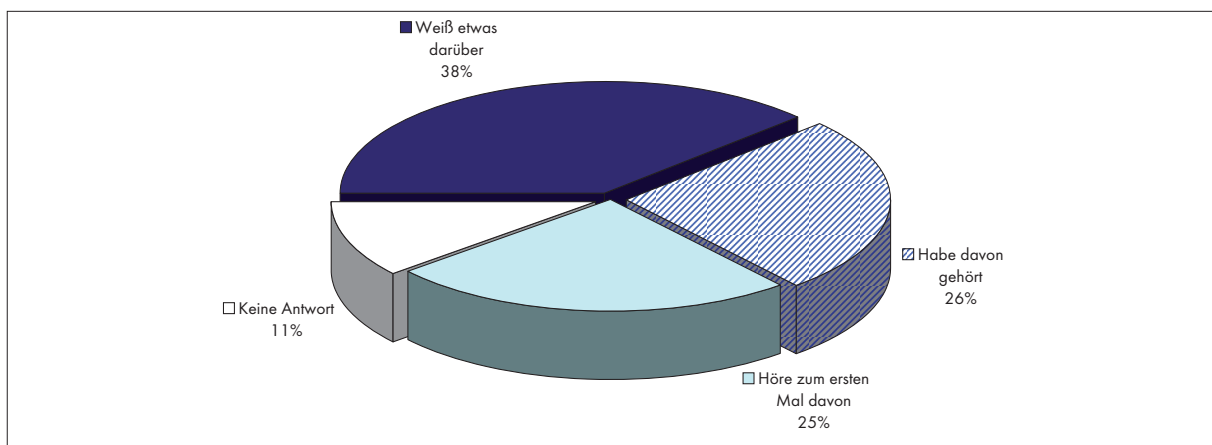
Wie haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien im vergangenen Jahr entwickelt? (Juli 2007)



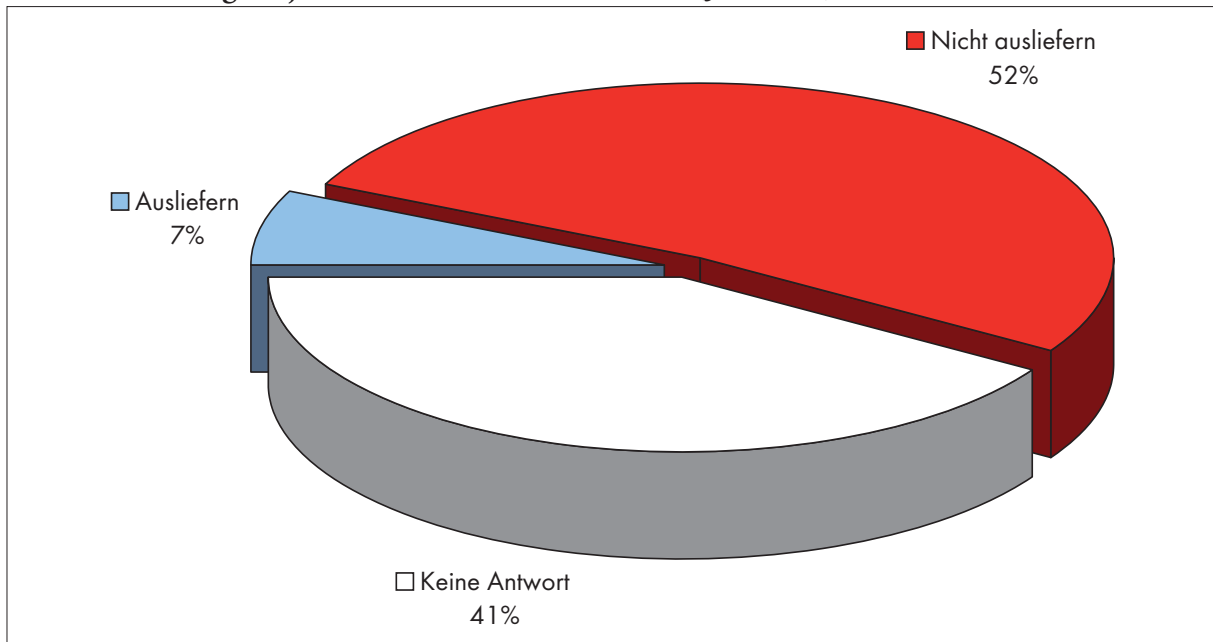
Haben Sie von der Ermordung Litwinnenkos in London gehört? (Juli 2007)



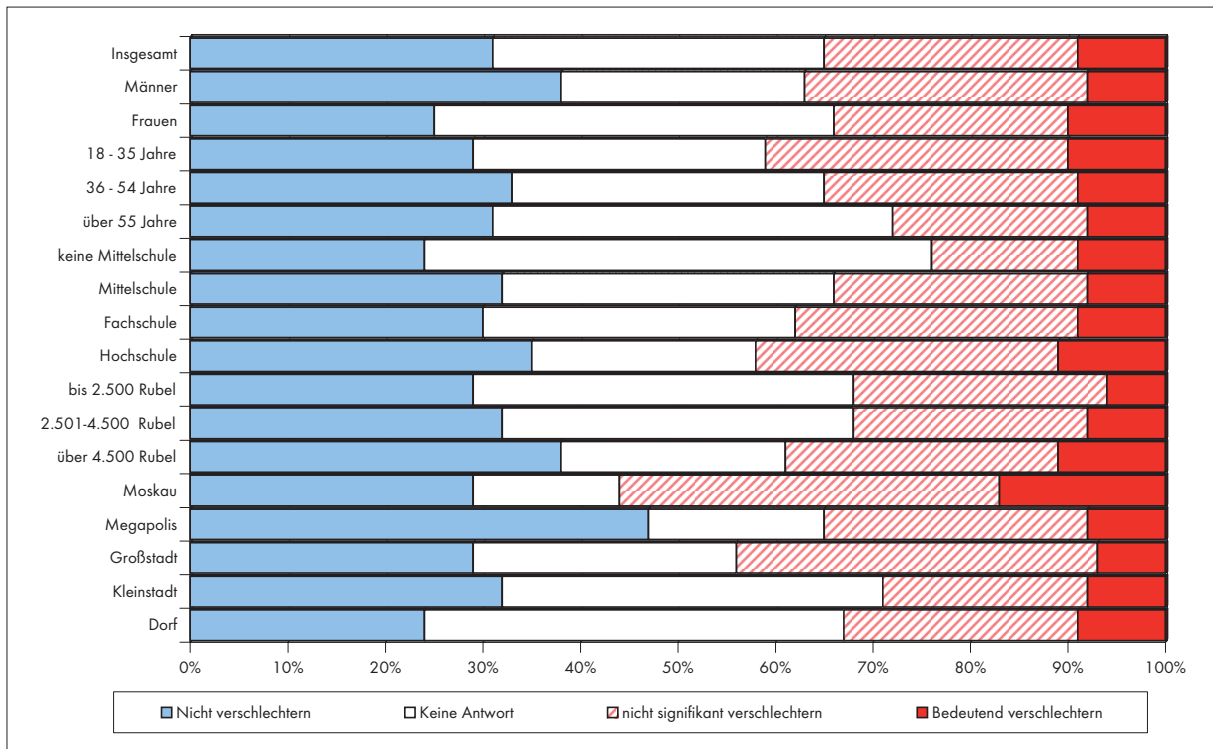
Wissen sie, dass Großbritannien die Auslieferung Lugowojs gefordert hat, den es verdächtigt, an der Ermordung Litwinnenkos beteiligt gewesen zu sein? (Juli 2007)



Soll Russland Lugowoj an Großbritannien ausliefern? (Juli 2007)



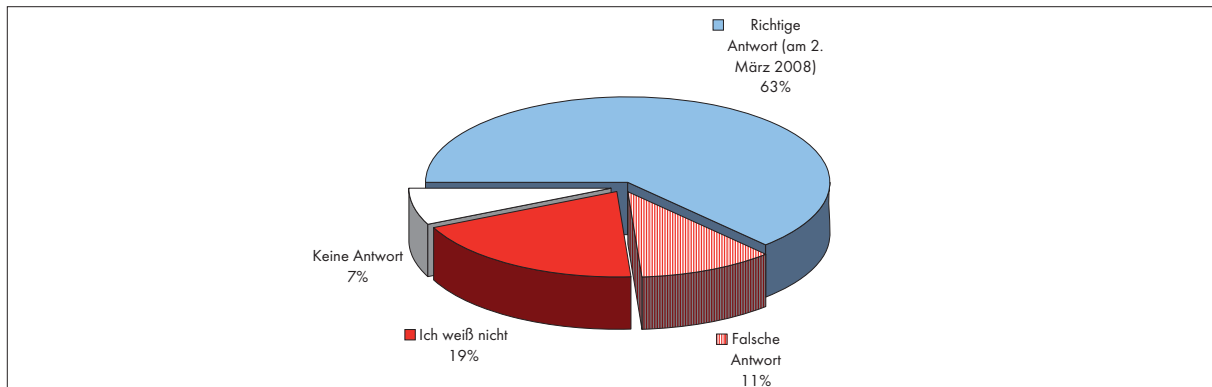
Wie werden sich die britisch-russischen Beziehungen entwickeln, wenn Russland sich weigert Lugowoj auszuliefern? (Juli 2007)



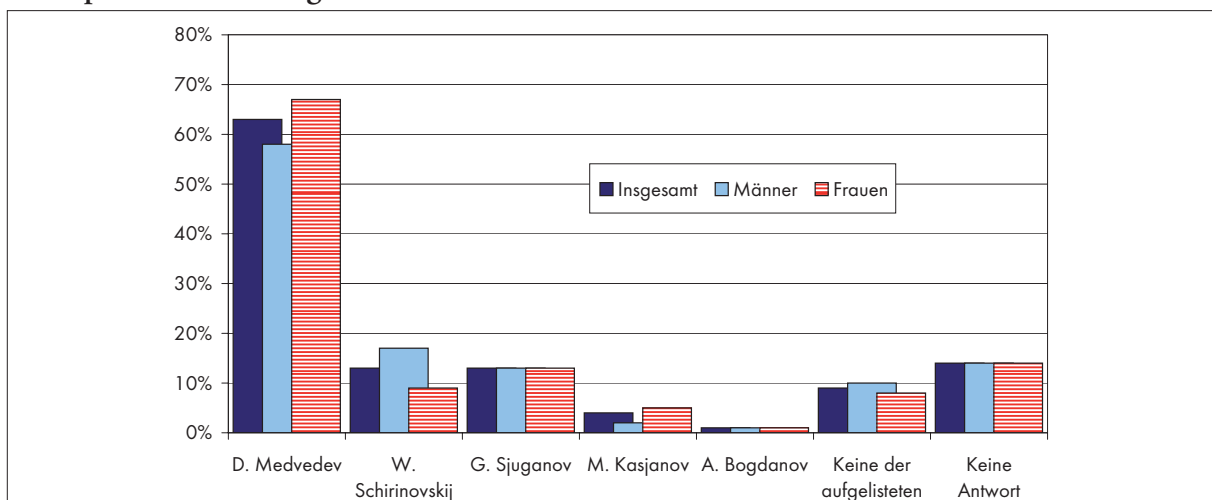
Umfrage

Präsidentenwahlen und Erwartungen an den neuen Präsidenten

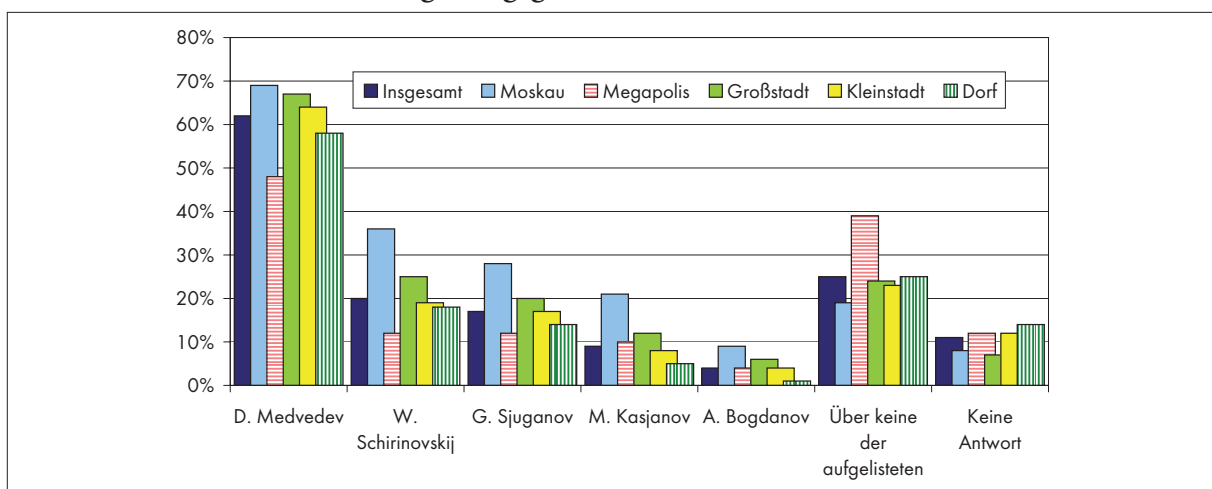
Wissen Sie, wann die Präsidentenwahlen stattfinden?



Nennen Sie bitte aus den aufgelisteten Präsidentschaftskandidaten diejenigen, für die Sie im Prinzip Ihre Stimme abgeben könnten.



Über welchen der Kandidaten sind Ihnen in der letzten Woche irgendwelche Informationen im Fernsehen, Radio oder in Zeitungen begegnet?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) im Januar 2008 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0804/d080401>

Erwartungen an den Präsidenten		Jan 1996	Feb 1996	Aug 1997	Jan 2000	Jan 2004	Dez 2005	Okt 2007	Jan 2008
Über welche persönlichen Eigenschaften sollte Ihrer Meinung nach der Präsident Russlands vor allem verfügen?									
Verstand, Intellekt	60%	58%	60%	66%	69%	74%	67%	67%	67%
Politische Erfahrung	49%	41%	69%	48%	51%	49%	49%	49%	55%
Erfahrung in Wirtschaftsführung	38%	39%	47%	37%	36%	38%	37%	37%	37%
Willenskraft	34%	32%	40%	38%	41%	40%	34%	34%	32%
Führungsqualitäten	30%	26%	35%	29%	37%	36%	39%	39%	40%
Gelassenheit, Ausgeglichenheit	20%	16%	24%	17%	19%	16%	18%	18%	16%
Die Fähigkeit zuzuhören, Kompromisse einzugehen	30%	24%	26%	31%	28%	28%	26%	26%	25%
Unbeugsamkeit	18%	16%	23%	19%	15%	16%	17%	17%	15%
Kultur, Bildung	23%	20%	12%	20%	20%	28%	28%	28%	24%
Persönlicher Charme	7%	6%	20%	5%	10%	9%	10%	10%	9%
Ideologische Überzeugtheit	13%	8%	12%	8%	11%	12%	12%	12%	12%
Ehrlichkeit, Anstand	57%	53%	8%	63%	61%	58%	59%	59%	60%
Anderes	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Keine Antwort	5%	4%	3%	2%	1%	2%	2%	2%	1%
Was erwarten Sie in erster Linie von dem Präsidenten, den Sie wählen? Er soll ...									
Russland wieder zu einer großen, respektierten Macht machen	54%	43%		55%	58%			49%	51%
Russland auf dem Reformpfad halten	13%	11%		12%	11%			17%	15%
Die Reformen fortsetzen, doch mit Rücksicht auf die soziale Sicherung der Bevölkerung	35%	31%		35%	38%			39%	37%
Die Rolle des Staates in der Wirtschaft verstärken	37%	25%		37%	39%			35%	34%
Gesetz und Ordnung stärken	58%	54%		54%	45%			51%	45%
Einen Kurs zur Wiedergliederung der ehemaligen Sowjetrepubliken einschlagen	13%	12%		10%	12%			13%	9%
Den Krieg in Tschetschenien beenden	59%	60%		56%	43%			23%	23%
Einen Kurs der Annäherung an den Westen einschlagen	6%	8%		8%	7%			8%	6%
Eine ethische Einkommensverteilung im Interesse der einfachen Leute garantieren	37%	36%		43%	48%			58%	41%
Den einfachen Leuten das zurückgeben, was sie durch die Reform verloren haben	38%	36%		38%	41%			38%	28%
Anderes	1%	1%		2%	1%			2%	2%
Keine Antwort	5%	5%		3%	2%			3%	3%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.-22.1.2008 <http://www.levada.ru/press/2008012905.html>

Die persönlichen Eigenschaften Schirinowskij, Sjuganow und Medwedew

Bewerten Sie bitte auf einer Zehner-Skala, ob die aufgeführten Politiker die genannten Eigenschaften besitzen, wobei 0 »er besitzt diese Eigenschaft nicht« und 10 »er besitzt diese Eigenschaft in vollem Maße« bedeutet (eine Antwort für jede Eigenschaft, in Punkten)

	Wladimir Schirinowkij	Gennadij Sjuganow	Dmitrij Medwedew
Autoritativ	4,89	4,25	6,35
Aktiv	6,25	4,39	6,87
Weitsichtig	4,77	4,20	6,45
Diplomatisch	4,15	4,49	6,70
Gutherzig	3,70	3,99	6,06
Kompetent	4,91	4,54	6,58
Jung	3,04	2,65	7,23
Erfahren	5,52	5,19	5,96
Verständnisvoll	4,07	4,15	6,12
Patriotisch	5,30	5,11	6,67
Entschlossen	5,80	4,33	6,46
Gerecht	4,50	4,36	6,10
Streng	5,20	4,39	5,95
Der, den Sie als Präsidenten Russlands sehen möchten	2,59	2,51	5,37
Fleißig	4,64	4,48	6,62
Intelligent	5,37	4,88	6,89
Haushälterisch	4,27	4,25	6,38
Zielstrebig	5,62	4,67	6,84
Ehrlich	3,79	4,00	6,07
Punkte insgesamt für 19 Eigenschaften	88,38	80,83	121,67

Quelle: Umfragen des VCIOM <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9494.html>

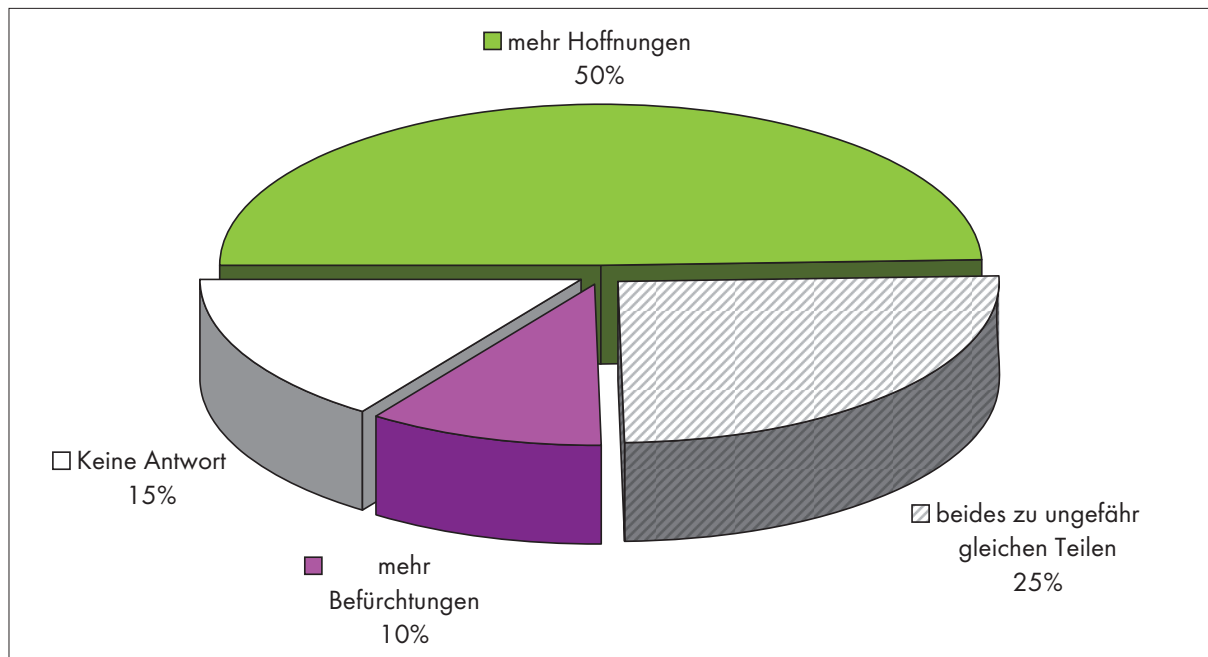
Medwedjew in der Wahrnehmung der russischen Bürger

Umfragen des VCIOM und der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

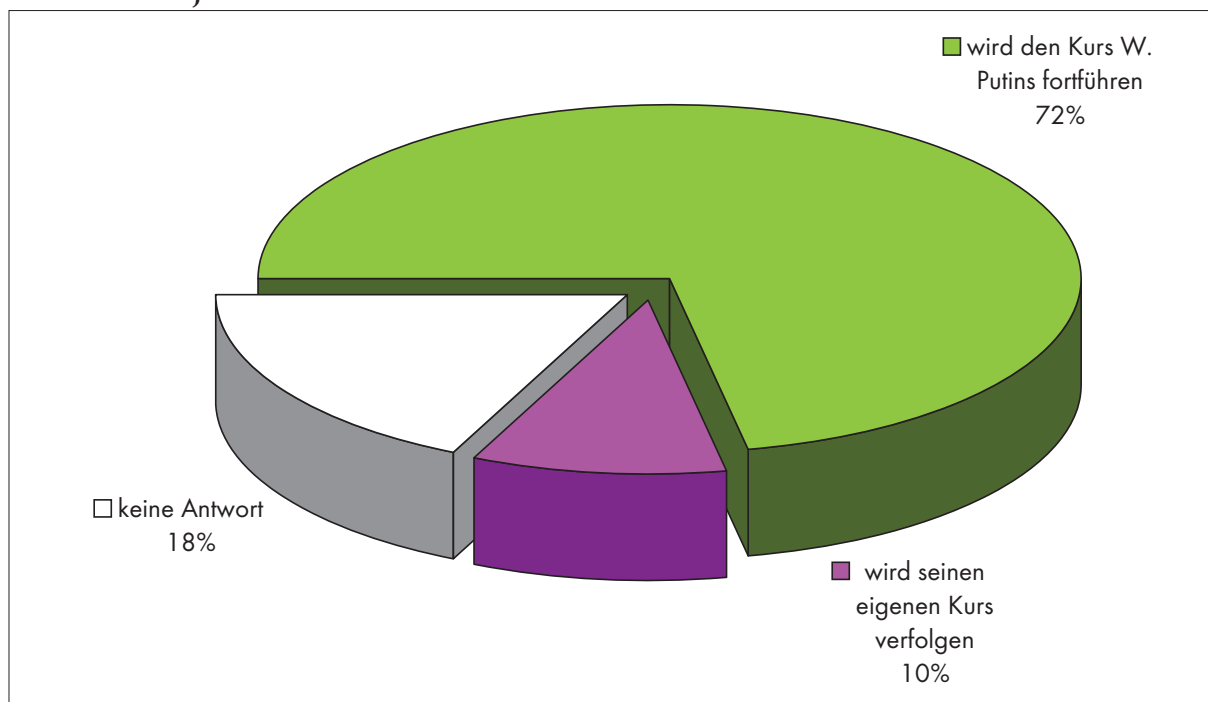
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 12.–13.1.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0803/d080322>

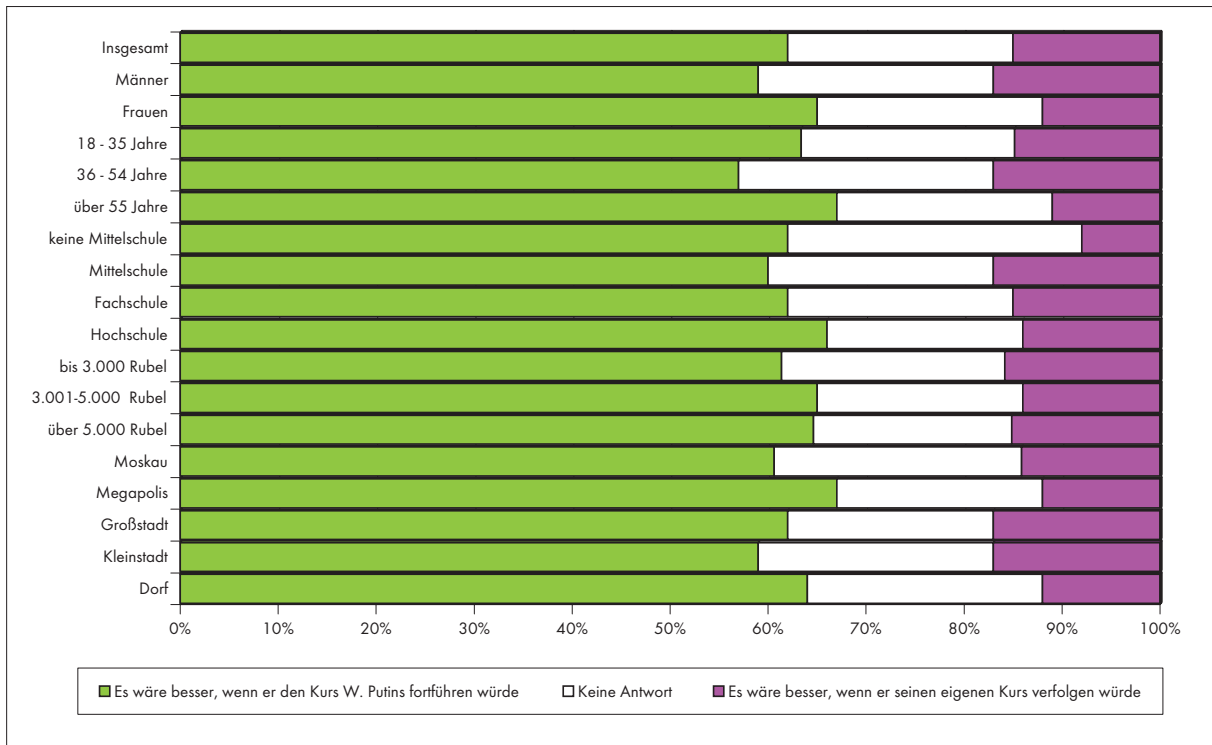
Verbinden Sie mit einer Wahl Medwedjews ins Präsidentenamt eher Hoffnungen oder eher Befürchtungen?



Wird Medwedjew den Kurs Putins fortführen?

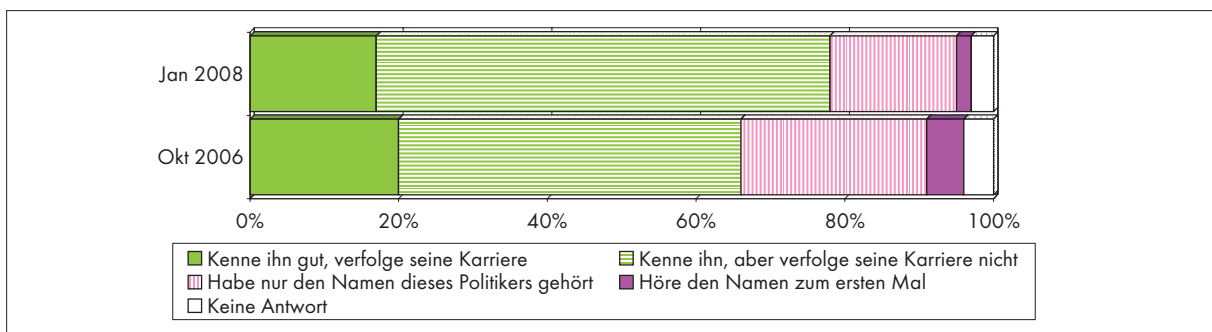


Was wäre besser: wenn Medwedjew den Kurs Putins fortführte oder wenn er seinen eigenen Kurs verfolgen würde?

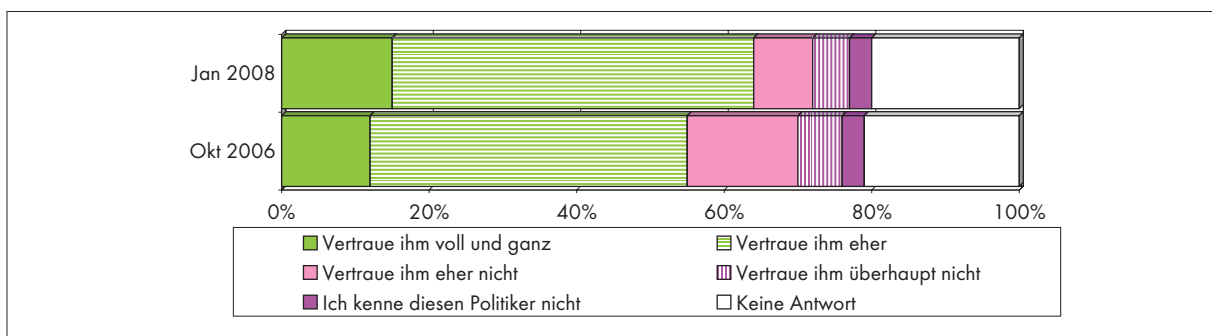


Quelle: Umfragen des VCIOM vom 13.–15.1.2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9502.html>

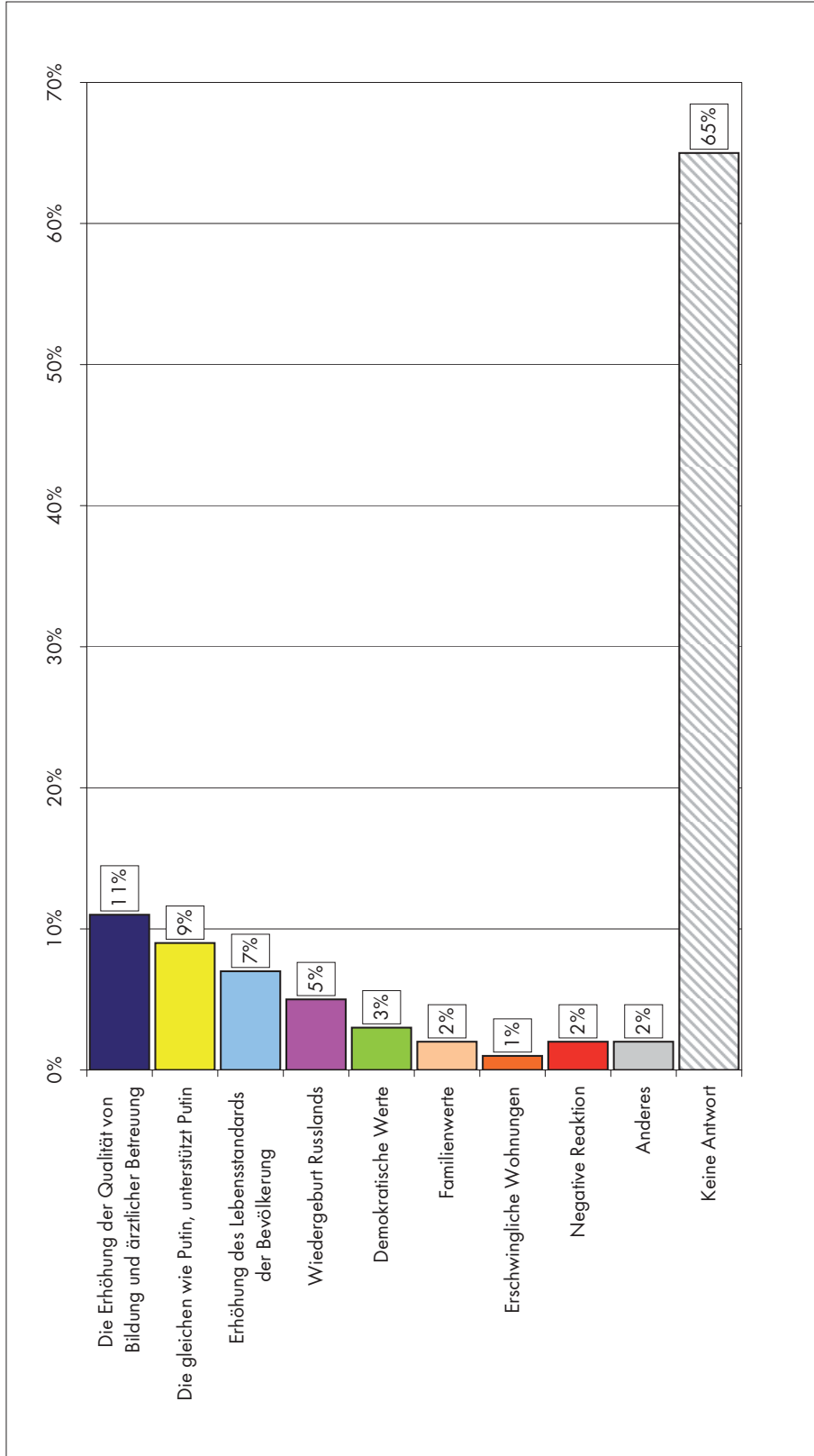
Wie gut kennen Sie Dmitrij Medwedjew?



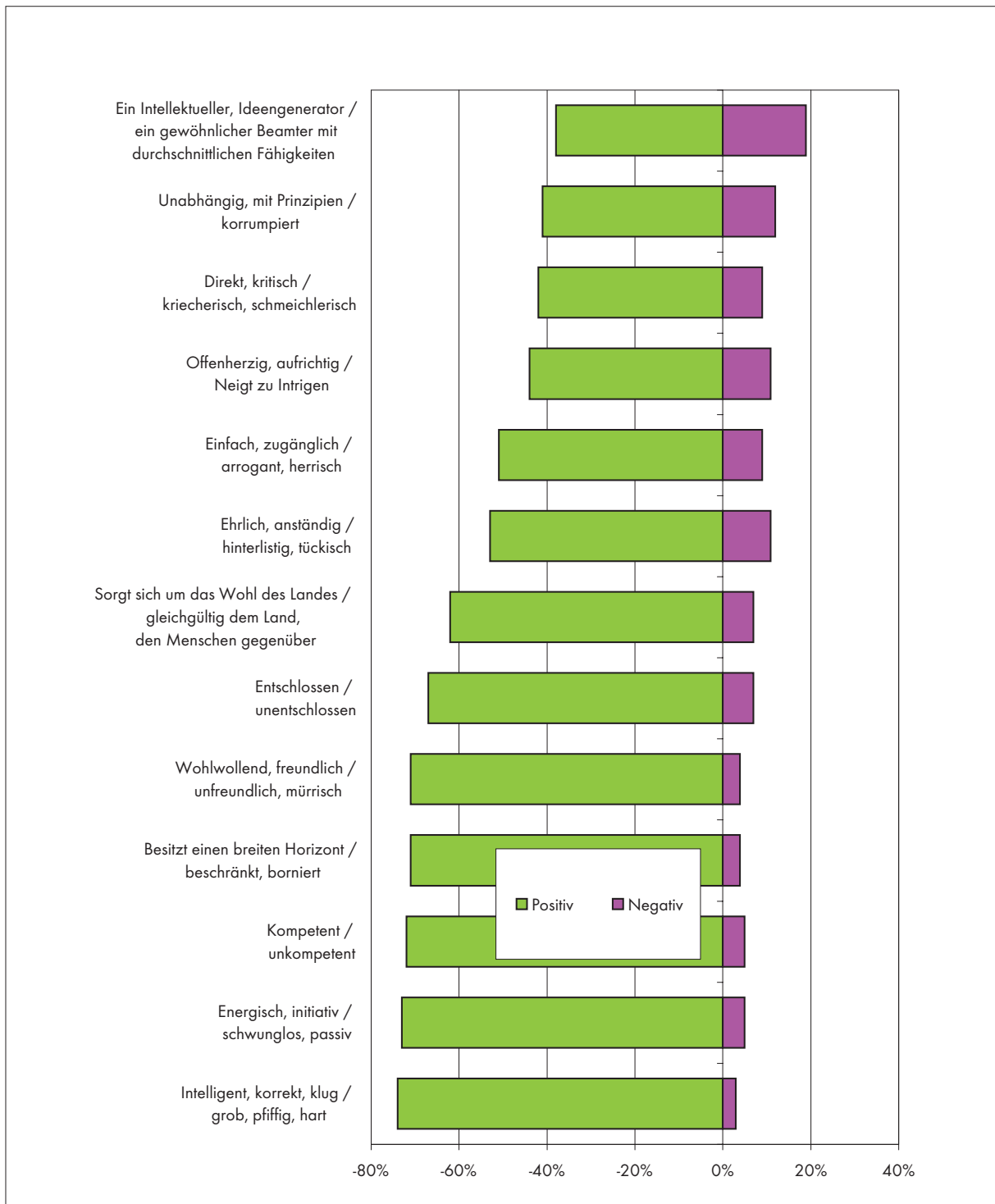
In welchem Maße vertrauen Sie Dmitrij Medwedjew?



Welche Werte und Ideen vertritt Dmitrij Medwedjew?
(Offene Frage, bis zu drei Antworten)



Welche Eigenschaften schreiben Sie Medwedjew zu?



Chronik

Vom 24. bis zum 31. Januar 2007

24.1.2008	Die zentrale Wahlkommission erklärt 13% der Unterschriften auf Kasjanows Bewerbungsliste für ungültig. Die Staatsanwaltschaft in Mari El und im Gebiet Jaroslawl eröffnen Verfahren wegen Fälschung der Unterschriften.
24.1.2008	Sprecher der Russischen Orthodoxen Kirche geben bekannt, dass der Patriarch eine Einladung Benedikts XVI. nach Rom abgelehnt hat.
25.1.2008	Der serbische Präsident Boris Tadic und sein Ministerpräsident Vojislav Kostunica treffen zu einem Staatsbesuch in Moskau ein und führen Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew. In Anwesenheit der Staatsmänner werden eine Reihe von Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, darunter Abkommen über den Verkauf der Mehrheit von NIS an Gazprom Neft und über den Bau einer Gaspipeline durch Serbien.
26.1.2008	In Nasran (Inguschetien) löst die Polizei gewaltsam eine Demonstration auf, die Putins Antiterrorpolitik unterstützen will und zugleich die Korruption in der Republik kritisiert.
27.1.2008	Mit dem Ablauf der Bewerbungsfrist lässt die Zentrale Wahlkommission vier Kandidaten zu den Präsidentenwahlen zu: Dmitrij Medwedjew, Gennadij Sjuganow, Wladimir Shirinowskij und Andrej Bogdanow. Michail Kasjanow wird nicht zur Wahl zugelassen, da er die notwendigen 2 Mio. Unterschriften nicht vorgelegt hat.
28.1.2008	In Wladiwostok eröffnen Unbekannte das Feuer auf den Wagen von Sergej Soptschuk, dem Stellvertretenden Gouverneur der Region Fernost. Soptschuk wird an der Hand verletzt. Das Attentat wird mit Soptschuks Tätigkeit in Verbindung gebracht.
28.1.2008	Eine Sprecherin von Atomstrojeksport, die den Atomreaktor in Bushehr (Iran) errichtet, teilt mit, dass die Nacht zuvor die achte und letzte Lieferung von Nuklearbrennstoff in Bushehr eingetroffen ist.
28.1.2008	Wladimir Tschurow, der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, gibt bekannt, dass Russland für die Präsidentenwahlen 400 internationale Wahlbeobachter einlädt, darunter 70 von der OSZE.
28.1.2008	Der Föderale Registrierungsdiens weist den Antrag Michail Kasjanows, zur Registrierung seiner Partei »Das Volk für Demokratie und Gerechtigkeit« endgültig zurück.
28.1.2008	Das russische Unternehmen Vypelkom erwirbt 100% der Anteile des usbekischen Mobilfunkunternehmens »Golden Telecom«.
28.1.2008	Russische Artillerie beschießt den Ort Gechi (Tschetschenien), als sie versucht, einer Gruppe Untergrundkämpfer den Fluchtweg nach Inguschetien zu verlegen. 26 Häuser werden zerstört. Ramsan Kadyrow, der tschetschenische Präsident, interveniert deshalb bei Generalleutnant Jurij Winogradow, dem amtierenden Kommandeur der russischen Truppen im Nordkaukasus.
29.1.2008	Das Wahlkampfbüro von Dmitrij Medwedjew teilt mit, dass dieser nicht an den Fernsehdebatten teilnehmen wird. Darauf teilt auch die KPRF mit, dass ihr Kandidat, Gennadij Sjuganow, für Fernsehdebatten mit den beiden verbleibenden Bewerbern nicht zur Verfügung steht.
29.1.2008	Russische Medien berichten, dass der Preisstopp für Lebensmittel, auf den sich die Hauptlebensmittelerzeuger im Oktober 2007 geeinigt hatten, bis zum 1. Mai verlängert wird.
29.1.2008	Die Zeitung »Kommersant« meldet, dass die Präsidentschaftsadministration die Jugendorganisation »Naschi« deutlich verkleinern will.
29.1.2008	Der Journalist Feliks Medwedjew, der für Ekspress-gazeta schreibt, wird unter dem Vorwurf verhaftet, kommerzielle Strukturen erpresst zu haben. Oleg Lurje, ein freier Journalist, wird angeklagt, Wladimir Sluzker, ein Mitglied des Föderationsrates, erpresst zu haben.
30.1.2008	Die »Nesawisimaja gazeta« berichtet, dass es 2007 in den Streitkräften 224 Selbstmorde gegeben habe, gegenüber 210 im Jahre 2006.
30.1.2008	Der inhaftierte Michail Chodorkowskij tritt in den Hungerstreik. Er fordert, dass der Generalstaatsanwalt dem in Haft befindlichen ehemaligen Vizepräsidenten von Jukos, Wasilij Aleksanjan, der an AIDS erkrankt ist, eine angemessene medizinische Versorgung ermöglicht.
31.1.2008	In Tschetschenien teilen die Sicherheitskräfte mit, dass im Urus-Martanovskij Rayon ein Soldat entführt worden ist.

(Die Chronikeinträge für Dezember und die erste Januarhälfte finden Sie auf der Website unter www.russlandanalysen.de)

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Veranstungshinweis



Russland vor den Wahlen – Welche Rolle spielen die Medien?

12. Februar 2008 um 19.00 Uhr im Haus der Presse Markgrafenstraße 15/Ecke Kochstraße, 10969 Berlin

Klaus Bednarz, WDR-Sonderkorrespondent und Chefreporter Fernsehen, Köln;
Michael Ludwig, Russlandkorrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«;
Natalia Morar, Journalistin der russischen Zeitung »The New Times«; sowie
Iwan Rodionov, Deutschlandkorrespondent von »Rossija« (staatlich russisches Fernsehen).

Die Moderation übernimmt *Miodrag Soric*, Chefredakteur Hörfunk der Deutschen Welle und Mitglied des Vorstands von Reporter ohne Grenzen (ROG).

Natalia Morar arbeitet für *The New Times*, eine Zeitschrift aus Moskau. Sie untersuchte u.a. Skandale um Geldwäsche und Wahlkampffinanzierung, wobei sie nicht davor zurückscheute, Namen hochrangiger Politiker zu nennen. Am 16.12.2007 wurde ihr am Flughafen Domodedowo die Rückreise nach Russland verwehrt. Laut FSB stellt die 24-jährige Journalistin eine Gefährdung für die Sicherheit des Landes dar.

Am 12.02.2008 wird sie mit ROG über die Rolle der Medien vor den Präsidentschaftswahlen diskutieren. Eine Sammlung der Artikel von Natalia Morar finden Sie unter: <http://newtimes.ru/news/2007-12-17/2007-12-17-7/>

Reporter ohne Grenzen berichtete über den Vorfall und setzt sich für die Journalistin ein. Hier die Pressemitteilung (auch auf www.reporter-ohne-grenzen.de):

Pressekonferenz: Am 12.02. um 10.30h im ARD-Hauptstadtstudio

Reporter ohne Grenzen stellt den aktuellen Jahresbericht 2007 vor. *Michael Rediske*, Vorstand von ROG, *Natalia Morar* (Russland) und *Itai Mushekwe* (Simbabwe) berichten über den Stand der Pressefreiheit und über persönliche Erfahrungen aus Russland und Simbabwe.

Pressemitteilung, 18. 12. 2007: Journalistin erhält nach kritischem Artikel Einreiseverbot

Berlin/ Paris, 18.12.2007. »Dass die moldawische Journalistin Natalia Morar am 16. Dezember nicht nach Russland einreisen durfte, ist eine schamlose Verletzung der Pressefreiheit«, so Reporter ohne Grenzen. Als die Journalistin, die für die in Moskau ansässige *The New Times* arbeitet, von einem Aufenthalt in Israel zurückkam, verweigerte man ihr auf dem Moskauer Flughafen die Einreise nach Russland. Man teilte ihr mit, dass dies auf Anweisung des russischen Sicherheitsdienstes geschehe, wollte ihr aber kein amtliches Dokument zeigen.

Später erfuhr Morar, dass sich ihr plötzliches Einreiseverbot auf Artikel 28 des russischen Einwanderungsgesetzes stützte, welcher die Ausweisung von Ausländern zulässt, wenn Staatssicherheit, öffentliche Ordnung oder das öffentliche Wohl als gefährdet eingestuft werden.

Morar sagte gegenüber ROG, dass sie zunächst eine Nacht auf dem Flughafen in einem Abschieberaum warten musste. Von dort wurde sie über einen speziellen Gang zu einem Flugzeug nach Chisinau gebracht. Ihre Papiere, die man konfisziert hatte, wurden der Flugmannschaft übergeben. Erst nach ihrer Ankunft in Moldawien und einer Befragung durch moldawische Beamte gab man ihr ihren Pass zurück.

Morar sagte weiter, dass sie wegen ihrer Arbeit als Journalistin ausgewiesen worden sei. Als Anlass diente ihrer Meinung nach ein Artikel von ihr in dem Magazin *The New Times* vom 10. Dezember mit dem Titel »Des Kremls schwarze Kassen«. »Darin habe ich detailliert beschrieben, wie die Parlamentswahlen finanziert wurden«, sagte sie.

Auch Evgenija Albats, stellvertretende Chef-Redakteurin von *The New Times*, und Igor Jakovenko vom Russischen Journalistenverband gehen davon aus, dass Morar wegen ihrer kritischen Berichterstattung die Einreise verwehrt wurde.

»Mit der Ausweisung der Journalistin Natalia Morar demonstriert die russische Regierung ganz offen ihre Geringschätzung gegenüber der freien Presse und ihre Entschlossenheit, kritischen Journalismus kalt zustellen«, kommentierte ROG.

Lesehinweis

Abstracts der Artikel aus Osteuropa 11 und 12/2007 mit Russlandbezug

OSTEUROPA 11/2007 ist dem Thema »Minderheiten in Osteuropa. Ansprüche, Rechte Konflikte« gewidmet. Das Heft hat 280 Seiten, 14 Farbkarten und kostet 18,00 €. Das Inhaltsverzeichnis und die Abstracts sind einzusehen unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/412.0.html> Bestellungen bitte über osteuropa@dgo-online.org Das Heft enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

Uwe Halbach

Eingefrorene Konflikte im Südkaukasus

Probleme und Grenzen der Europäisierung

Die Regionalkonflikte im Südkaukasus gerieten mit der Europäischen Sicherheitsstrategie und der Nachbarschaftspolitik im weiteren Schwarzmeerraum ins Blickfeld der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Seitdem wird eine »Europäisierung« der »eingefrorenen Konflikte« diskutiert. Beide Begriffe sind umstritten. Die »Eingefrorenheit« ungelöster Sezessionskonflikte von Abchasien bis Berg Karabach wird durch diverse Entwicklungen in Frage gestellt. »Europäisierung« hat sich auf der Wahrnehmungsebene, weniger auf der Handlungsebene vollzogen.

Andreas Heinemann-Grüder

Ein Schritt vorwärts, zwei zurück

Vom Ethnoföderalismus zum »Russland der Russen«

Die Föderalisierung Russlands ab 1992 und die Entföderalisierung unter Putin lehren: Föderale Institutionen reproduzieren sich nicht selbst. Sie hängen von einer föderalen politischen Kultur, föderal-integrativen Parteien, wirksamen Institutionen der Konfliktregulierung, einem unabhängigen Verfassungsgericht und der Kombination aus Föderalismus und Demokratie ab. Russland mangelt es an all dem. Die Entföderalisierung unter Putin wurde erleichtert durch Demokratiemängel in den Regionen, zentralistische Normen und Russophilie im öffentlichen Diskurs sowie dadurch, dass politische Parteien Föderalismus nicht benötigen, um Macht zu erwerben.

Wim van Meurs

Eingefrorene Konflikte

Wie weiter mit den Quasistaaten?

Die ersten Interpretationen der ethnischen Konflikte in Osteuropa nach 1989 haben sich in manchen Fragen als falsch erwiesen. Die Zahl der gewaltsam eskalierten Konflikte ist geringer als erwartet, dafür ist deren Lösung schwieriger als erwartet. Die aus Sezessionskonflikten entstandenen Quasistaaten wie das Kosovo, Transnistrien oder Abchasien haben sich als viel überlebensfähiger erwiesen, als Anfang der 1990er prognostiziert worden war. Außerdem hat sich herausgestellt, dass diese Quasistaaten der eingefrorenen Konflikte nicht nur lukrative Eliteprojekte sind. Sie kommen um eine gewisse staatliche Umverteilung sowie um regionale oder nationale Identitätsstiftung nicht herum. Ursachenforschung und Konfliktmanagement müssen daher neu überdacht werden.

Sonja Haug, Lenore Sauer

Aussiedler, Spätaussiedler, Russlanddeutsche

Berufliche, sprachliche und soziale Integration

Aussiedler, Spätaussiedler bzw. Russlanddeutsche sind die größte Zuwanderergruppe in Deutschland und somit eine der wichtigsten Zielgruppen kommunaler Integrationsförderung. Die Integration in den Arbeitsmarkt gestaltet sich schwierig. Ihren Alltag bewältigen die meisten Spätaussiedler dagegen sprachlich relativ problemlos. Die soziale Integration verläuft in hohem Maße über ein kirchliches Engagement oder sportliche Aktivitäten.

OSTEUROPA 12/2007 enthält historische Studien und russischen und sowjetischen Geschichte, insbesondere zum Thema »Minderheiten in Osteuropa. Ansprüche, Rechte Konflikte « gewidmet. Das Heft hat 176 Seiten, 31 zum teil farbige Abbildungen und kostet 15,00 €. Bestellungen bitte über osteuropa@dgo-online.org Das Heft enthält folgende Beiträge:

Heiko Haumann

»Held« und »Volk« in Osteuropa

Eine Annäherung

»Helden« dienen der Orientierung und Identifikation. Sie drücken Wünsche und Sehnsüchte des »Volkes« aus, das sich über sie definiert. Zugleich werden sie je nach Zeitumständen und Interessen in unterschiedlicher Weise für den kollektiven Erinnerungsbestand konstruiert, um individuelles Verhalten zu beeinflussen. Der Zusammenhang von »Held« und »Volk« hat etwas mit Befreiung, Hoffnung und Erinnerung zu tun. Auffällig ist in Osteuropa die häufige Popularität gescheiterter, leidender und doch stolzer »Helden«.

Eveline Passet

Im Zerrspiegel der Geschichte

Deutsche Bilder von Ilja Ehrenburg

Leben und Werk des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg spiegeln die großen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Dies zeigt sich auch in seiner Rezeption in West- und Ostdeutschland. In der Bundesrepublik gehörte die Diskussion über Ehrenburg zu der großen Debatte der 1960er Jahre über die Schuld der Kriegsgeneration. Den Rechtsextremen war er ein Deutschenhasser und manchem Moskaukritiker ein Erfüllungsgehilfe Stalins. In der DDR gehörte die Auseinandersetzung um die Veröffentlichung seiner Memoiren zu der großen Debatte um die Entstalinisierung und Humanisierung des Sozialismus, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 begann. Für die SED-Oberen war dieses Werk lange untragbar, weil es ihnen ästhetisch und inhaltlich von subversiver Sprengkraft erschien. Ehrenburgs geistiger Tonus war den kontrollwahnbesessenen Apparaten, die allzeit Zugriff auf das Innenleben der Menschen haben wollten, gefährlich.

Dietmar Neutatz

Identifikation und Sinnstiftung

Integrative Elemente in der Sowjetunion

In der stalinistischen Diktatur und im poststalinistischen Sowjetsystem waren neben den bekannten disziplinierenden und repressiven auch integrative Faktoren präsent. Dazu gehörten die forcierte Industrialisierung, der »Große Vaterländische Krieg« und der technische Fortschritt, der sich symbolisch in der Raumfahrt verdichtete, sowie der bessere Lebensstandard und die Stabilität in der Brežnev-Zeit. Während die Industrialisierung als integrativer Faktor überschätzt wurde, haben der Krieg und die Raumfahrt bis heute einen hohen Stellenwert in der kollektiven Erinnerung und spielen eine zentrale Rolle in der patriotischen Sinnstiftung im heutigen Russland.

Boris Dubin

Gesellschaft der Angepassten

Die Brežnev-Ära und ihre Aktualität

Anpassung und Gewohnheit, Fragmentierung und Nivellierung sind Merkmale des spätsowjetischen Alltags. Die Brežnev-Ära bot den Menschen mehr, als das sowjetische System ihnen je geboten hatte: vor allem Stabilität. Die Gesellschaft bezahlte dies mit Deformationen: mit Doppeldenken, Doppelbödigkeit und Vertrauensverlust, mit ausbleibender Differenzierung und Modernisierung. Die Restauration unter Putin knüpft an das »Goldene Zeitalter« des Brežnevismus an. Politik und Kultur greifen auf das Gewohnte zurück und rufen das Gefühl der »Stabilität« hervor – das Schlüsselwort der gegenwärtigen Epoche.

Thomas M. Bohn

»Resistenz« und »Eigensinn« in Minsk

Widerständiges Verhalten in der Sowjetunion

Die Sowjetunionforschung verortet Nonkonformismus zwischen intellektuellem Dissens, kirchlichen Gegenwelten und traditionellen Werthaltungen. Allgemein herrscht die Auffassung, dass sich Bewusstsein und Verhalten im öffentlichen Raum und in der Privatsphäre unterscheiden. Um widerständiges Verhalten der »kleinen Leute« kategorisieren zu können, sind die Begriffe »Resistenz« und »Eigensinn« nützlich, welche die NS- und die DDR-Forschung mit Gewinn angewandt haben. Das zeigt die Analyse des Verhaltens illegaler Siedler, betrogener Mieter und einer pfingstchristlichen Gemeinde in Minsk nach Stalins Tod. »Resistenz« und »Eigensinn« sind Formen, sich der offiziellen Ordnung zu entziehen und abzuweichen, was nicht zwangsläufig politisch motiviert war.

Ilshat Gimadeev, Jan Plamper

Tatarstan: Mythos um Musa Džalil'

Projektionsfläche für Identität

Musa Džalil' kämpfte im Zweiten Weltkrieg als Soldat der wolgatatarischen Kriegsgefangenenlegion Idel'-Ural auf deutscher Seite, bis er Mitglied einer Untergrundgruppe wurde. 1944 wurde er in Plötzensee hingerichtet. Ab 1953 wurde Džalil' zum Nationaldichter Tatarstans erhoben und zu einer mythischen Figur, in der sich tatarische Geschichte und Identität spiegeln: Durch ihn konnten die Tataren den kollektiven Kollaborationsverdacht abstreifen und als tatarische und als vollwertige sowjetische Bürger leben. Heute wird sein Mythos islamisiert und tatarisiert. Jeweils geht es um die Konstruktion von Identität und die gesellschaftliche und politische Integration.

Rainer Karlsch

Stalin, der Bluff und die Bombe

Verwirrspiel um den ersten sowjetischen Atomtest

Am 11. Juli 1949 präsentierte Stalin einer chinesischen Delegation unter Leitung von Liu Shaochi in Moskau einen »Atomfilm«. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion noch gar keinen Atomtest durchgeführt. Es gibt Gründe anzunehmen, dass Stalin die Chinesen mit einem in Deutschland erbeuteten Film täuschte, um militärische Stärke zu demonstrieren und die Vormachtstellung der Sowjetunion in der kommunistischen Welt zu unterstreichen.

Lesehinweis

Arbeitspapiere und Materialien Nr. 90 der Forschungsstelle Osteuropa: Die russischen Wahlen 2007/2008, Teil 1: Parlamentswahl 2007

herausgegeben von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

Kostenerstattung pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Inhalt

Die russischen Parteien vor den Wahlen

Petra Stykow

Russland vor der Wahl? Die Neuordnung des Parteiensystems 7

Liste der 2007 offiziell registrierten politischen Parteien 10

Petra Stykow

Eine destruktive Mischung. Warum demokratische Institutionen die Demokratie zerstören können 11

Andrew Wilson

Hat Russland noch eine Opposition? 12

Die Einstellungen der russischen Bevölkerung zu und Kenntnis über die Opposition 15

Galina Michaleva

Worauf »Jabloko« hofft oder warum wir an den Wahlen teilnehmen 20

Das Wahlrecht

Angelika Nußberger und Dmitry Marenkov

Wahlgesetz als Steuerungsmechanismus: Zu den neuen rechtlichen Grundlagen der Duma-Wahlen im Dezember 2007 25

Russische Politik im Vorfeld der Wahlen

Hans-Henning Schröder

Auftakt zum Präsidentenwechsel? Überlegungen zur Regierungsumbildung in Russland 33

Hans-Henning Schröder

Die Nachfolge – 1. Akt, 2. Szene 37

Vladimir Gelman

Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl 39

Ergebnisse der letzten Regionalwahlen 42

Liste »gekränkter Gouverneure« 46

Der Wahlkampf

Cornelia Rabitz

Gelenkte Demokratie – gelenkte Medien. Beobachtungen
im russischen Wahlkampf 49

Die Qualität der Fernsehberichterstattung in den Augen
der russischen Bevölkerung 53

Informationsquellen der russischen Bevölkerung 54

Umfragen zu den kommenden Wahlen 59

Jens Siegert

Dumawahlkampf 2007 64

Jens Siegert

Nachfolgeproblem und Dumawahl 68

Das ODIHR sieht sich nicht in der Lage, die russischen Dumawahlen
zu beobachten 70

Pressestimmen zur Absage der Wahlbeobachtung durch das ODIHR 70

Petra Stykow

Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember 72

Andreas Umland

Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfrede vom November 2007 als Gezeitenwechsel der
postsowjetischen Politik 76

Das Wahlergebnis

Hans-Henning Schröder

Genügend Legitimation für einen »Schattenpräsidenten«? 81

Das amtliche Endergebnis der Dumawahlen 84

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa 98

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa 100

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de